STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle: FB 6 / Fachbereich 6 - Stadtplanung und Bauordnung

Sitzungsvorlage

Datum: 12.01.2021

Drucksache Nr.: **21/0020**

Beratungsfolge

Ausschuss für Mobilität

Sitzungstermin

04.02.2021

Behandlung

öffentlich / Kenntnisnahme

Betreff

Sachstandsbericht Planung Umbau Ortsdurchfahrt B 56

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Mobilität nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

In Ausführung des Beschlusses des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss vom 20.11.2018 hat die Verwaltung die Fischer Teamplan Ingenieurbüro GmbH mit der Umbauplanung der B 56 beauftragt. Planungsgrundlage sind die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie, sowie die vom UPV beschlossene Vorgabe, dass der Radverkehr in Richtung Bonn ab Busbahnhof nicht auf Schutzstreifen, sondern separiert geführt werden soll. Ergänzend sind die neuesten Änderungen der StVO zu berücksichtigen; hier insbesondere der auf 1,5 m festgesetzte seitliche Mindestabstand beim Überholen von Radfahrern. Wegen der unmittelbaren Auswirkungen auf die Gestaltung des Knotenpunktes B 56/Südstraße/Wehrfeldstraße wird weiterhin die Machbarkeit einer Stadtbahnunterführung im Zuge der Südstraße geprüft.

Am 25. November 2020 hat eine Auftaktbesprechung mit dem Auftragnehmer und den beteiligten städtischen Dienststellen stattgefunden, bei der die vorgenannten Punkte und weitere Aspekte konkretisiert wurden. Ca. Ende Januar/Anfang Februar 2021 stellt der Auftragnehmer seine ersten Ergebnisse und Planungsideen der Verwaltung vor. Die Verwaltung wird in den Sitzungen des Ausschuss für Mobilität regelmäßig über den Sachstand berichten.

In Vertretung

Rainer Gleß

Technischer Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf €.

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan zur Verfügung.

- Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von
 über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.
 über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen. Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.

- Bei der Maßnahme wurden inklusionsrelevante Aspekte berücksichtigt.
 Die Maßnahme hat keine Auswirkungen auf die Inklusion.